

N I E D E R S C H R I F T

**über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
der Universitätsstadt Marburg
am Freitag, 16. Dezember 2016, 16:30 Uhr,
im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss**

Anwesenheit:

SPD:	Böttcher, Büchner, Dehmel, Dinnebier, Hussein, Klusmann, Löwer, Dr. Longo, Lotz-Halilovic, Meyer, Rembas, Rink, Sell, Severin, Simon, Weidemann, Wölk
CDU:	Bamberger, Brunnet, Hahn, Heck, Jannasch, Jugel, Kissel, Muth, Pfalz, Piper, Range, Reissner, Schäfer-Jarosz, Schaffner, Seipp, Stötzel
GRÜNE:	Göttling, Dr. McGovern, Dr. Neuwohner, Nezi, Dr. Perabo, Seitz, Stahl, Dr. Therre-Staal
Marburger Linke:	Bastian, Bauder-Wöhr, Böhm, Köster-Sollwedel, Kula, Schalauske, Schwarz, Sturm
FDP/MBL:	Bokelmann, Ditschler, Dr. Uchtmann
BfM:	Frese, Mensing, Suntheim-Pichler

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Dr. Spies
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Biver
Stadträtin Oppermann
Stadträtin Röhrkohl
Stadtrat Schombert
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadtrat Schwindack

Entschuldigt:

Stadtrat Hertlein, Stadträtin Laßmann, Stadtrat Ludwig, Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek, Stadtverordneten Dr. Malmanesh (SPD), Dorn-Rancke (B90/Die Grünen), Selinka (FDP/MBL)

Schriftführer: Sprenger, Stabsstelle Kommunale Gremien

Protokoll:**zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden**

Die Stadtverordnetenvorsteherin Marianne Wölk eröffnet die Sitzung um 16:36 Uhr und begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die anwesenden Mitglieder des Ausländerbeirates, die in der heutigen Sitzung über ihre Arbeit berichten werden.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk stellt die form- und fristgerechte Ladung zur heutigen Sitzung und die Beschlussfähigkeit des Hauses fest. Einwände gegen diese Feststellungen werden nicht vorgetragen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift vom 18.11.2016

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 18. November 2016 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche werden nicht vorgebracht. Die Niederschrift gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Es liegen zwei Dringlichkeitsanträge für die heutige Sitzung vor. Der dringliche Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr. Stornierung des Kaufs des Marbuch-Verlags durch die Stadtwerke Marburg (VO/5294/2016) wurde durch die antragstellende Fraktion in der Sitzung des Ältestenrates am 15.12.2016 in einen dringlichen Berichtsantrag umgewandelt und als TOP 10.1 auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt. Die Stadtverordnetenvorsteherin erklärt, dass damit eine Begründung der Dringlichkeit des Antrages nicht mehr erforderlich ist.

Weiterhin liegt ein dringlicher Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Sicherstellung der Kinderbetreuung während der Sprachkurse ihrer Mütter (VO/5296/2016) vor. Die Dringlichkeit des Antrages wird durch die Stadtverordnete Dr. Therre-Staal begründet. Im Anschluss berichtet Oberbürgermeister Dr. Spies über die bereits bestehenden Angebote und geplanten Maßnahmen des Magistrats.

Der Stadtverordnete Göttling erklärt daraufhin den Antrag für die antragstellende Fraktion als erledigt. Er bittet den Magistrat über die Umsetzung noch geplanter Maßnahmen zu berichten.

Die Stadtverordnete Dr. Therre-Staal beantragt eine Bandabschrift über den Bericht des Oberbürgermeisters.

Die Stadtverordnetenvorsteherin trägt sodann die ergänzte Tagesordnung für die heutige Sitzung vor. Einwände dagegen werden nicht erhoben.

zu 4 Fragestunde

Für die heutige Fragestunde wurden insgesamt 35 kleine Anfragen eingereicht.

Im Ältestenrat wurde vereinbart, auf die mündliche Beantwortung der Fragen heute einmalig zu verzichten, um die so gewonnene Zeit für die ausstehenden Aussprachen nutzen zu können.

Die schriftlichen Antworten werden unmittelbar an die Fragesteller/innen verteilt. Sie sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

zu 5 Bericht des Ausländerbeirats

Die Stadtverordnetenvorsteherin erteilt der Vorsitzenden des Ausländerbeirates Goarik Gareyan-Petrosyan das Wort. Sie berichtet über die Arbeit des Beirates im zurückliegenden Zeitraum mit Hilfe einer vorbereiteten Power-Point-Präsentation. Sie geht dabei insbesondere auf die Veranstaltungen und Initiativen des Beirates ein und informiert über die Zielsetzungen für die Zukunft.

Die Vorsitzende bedankt sich im Namen der Beiratsmitglieder sowohl beim Magistrat als auch der Stadtverordnetenversammlung für die gute Zusammenarbeit und die Unterstützung im vergangenen Jahr.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk dankt Frau Gareyan-Petrosyan für ihren Bericht und sagt dem Ausländerbeirat auch weiterhin die Unterstützung der Stadtverordnetenversammlung zu.

**zu 11.1 Antrag der Piratenpartei betr. Bürgerbeteiligung 2016 II - Mängelrückmeldungsportal verbessern
Vorlage: VO/4947/2016**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Antrag wurde im Ausschuss auf Antrag der SPD-Fraktion geändert. In der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Zustimmung. Der im Ausschuss ebenfalls abgestimmten ursprünglichen Antragsfassung empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Ablehnung. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Dr. Weber, Nezi, Rink und Stötzel sowie Oberbürgermeister Dr. Spies für den Magistrat.

Nach Beendigung der Aussprache lässt die Stadtverordnetenvorsteherin zunächst über den im Ausschuss geänderten Beschlusstext abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, CDU und BfM gegen die Stimmen von B90/Die Grünen, Marburger Linke und dem Vertreter der Piratenpartei bei Enthaltung der FDP/MBL folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, im Rahmen des Konzepts zur Bürgerbeteiligung einzubinden, den Online-Mängelmelder dahingehend zu überarbeiten, dass

- (1) die bislang nur 5 möglichen Themenkategorien (Ampelanlagen, Straßenlaternen, Straßenschäden, Verkehrsschilder, Wilder Müll) mindestens durch folgende Kategorien ergänzt werden:**

Schädlingsbefall (Ratten, Pilze, usw.), ÖPNV, Verkehrssicherheit und Sonstiges.

- (2) **Eingaben für weitere Kategorien durch die Marburger Bevölkerung ermöglicht werden (z.B. über einen Unterpunkt "Neue Kategorie anlegen" im Mängelmelder selbst).**
- (3) **die "History" der Mängelbearbeitung aussagekräftiger wird, sodass detailreicher verfolgt werden kann, was auf eine Mängelmeldung unternommen wurde.**

Im Anschluss ruft die Stadtverordnetenvorsteherin den Antrag in der ursprünglichen Fassung zur Abstimmung auf. Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag in dieser Fassung bei Ja-Stimmen von B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL und dem Vertreter der Piratenpartei bei Gegenstimmen von SPD, CDU und BfM mehrheitlich ab.

Nach Beendigung des Tagesordnungspunktes stellt der Stadtverordnete Dr. Uchtmann den Geschäftsordnungsantrag zum TOP 10.1 – Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr. Stornierung des Kaufs des Marbuch-Verlags durch die Stadtwerke Marburg sprechen zu dürfen. Dies war bisher nicht vorgesehen, da der Antrag nach Absprache im Ältestenrat auf die Tagesordnung genommen wurde, und die Begründung einer Dringlichkeit damit nicht mehr erforderlich war.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Mit Ja stimmen die Fraktionen von B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL und der Vertreter der Piratenpartei, mit Nein die Fraktionen von SPD und BfM bei Enthaltung der CDU-Fraktion. Der Geschäftsordnungsantrag ist damit angenommen.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk unterbricht daraufhin um 17:35 Uhr die Sitzung und beruft den Ältestenrat ein.

Um 17:53 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt. Stadtverordnetenvorsteherin Wölk berichtet, dass sich der Ältestenrat darauf verständigt hat, das Votum der Stadtverordnetenversammlung zum Geschäftsordnungsantrag umzusetzen und dem Stadtverordneten Dr. Uchtmann das Wort zum TOP 10.1 zu erteilen.

Anmerkung:

Das Abstimmungsergebnis zum Geschäftsordnungsantrag wurde in der Sitzung nicht korrekt festgestellt. Der Antrag war bei Zugrundelegung der lt. Anwesenheitsliste anwesenden Fraktionsmitglieder abgelehnt (Ja-Stimmen: B90/Die Grünen (8), Marburger Linke (8), FDP/MBL (3), Piraten (1), Nein-Stimmen: SPD (17), BfM (3), Enthaltungen: CDU (16).

**zu 11.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Sporthalle Elisabethschule
Vorlage: VO/4997/2016**

Der Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 11.5 aufgerufen.

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet die stellv. Vorsitzende, Stadtverordnete Bauder-Wöhr. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich den Antrag abzulehnen. Der Antrag wurde weiterhin im Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder vorberaten. Es berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Dinnebir. Der Ausschuss empfiehlt ebenfalls mehrheitlich den Antrag abzulehnen. Dies gilt auch für den Haupt- und Finanzausschuss, für den der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz, berichtet. Aussprache wurde angemeldet.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Bauder-Wöhr, Dehmel, Seitz, Ditschler, Range und für den Magistrat Stadträtin Dr. Weinbach.

Im Anschluss lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über den Antrag abstimmen mit folgendem Ergebnis:

Ja-Stimmen: Marburger Linke, FDP/MBL
 Nein-Stimmen: SPD, CDU, BfM
 Enthaltung: B90/Die Grünen, Piratenpartei

Der Antrag ist damit abgelehnt.

**zu 11.5 Antrag der Fraktion FDP/MBL betr. Aufnahme von Brandschutzmaßnahmen in das BiBaP
 Vorlage: VO/5110/2016**

Der Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 11.3 aufgerufen.

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet die stellv. Vorsitzende, Stadtverordnete Bauder-Wöhr. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich den Antrag abzulehnen. Weiterhin fand eine Vorberatung im Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder statt. Es berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Dinnebir. Der Ausschuss empfiehlt ebenfalls mehrheitlich den Antrag abzulehnen. Aussprache wurde angemeldet.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Bauder-Wöhr, Dehmel, Seitz, Ditschler, Range und für den Magistrat Stadträtin Dr. Weinbach.

Im Anschluss lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über den Antrag abstimmen mit folgendem Ergebnis:

Ja-Stimmen: FDP/MBL
 Nein-Stimmen: SPD, CDU, B90/Die Grünen, BfM
 Enthaltung: Marburger Linke, Piratenpartei

Der Antrag ist damit abgelehnt.

zu 11.6 Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr. Einführung von WhatsApp zur verbesserten und zeitgemäßen Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern
Vorlage: VO/5120/2016

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich den Antrag abzulehnen. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Aussprache spricht der Stadtverordnete Bokelmann.

Die anschließende Abstimmung führt zu folgendem Ergebnis: Mit Ja stimmt die FDP/MBL-Fraktion, mit Nein stimmen die übrigen Mitglieder des Hauses.

Der Antrag ist damit abgelehnt.

zu 11.11 Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr. Freiwillige Polizeihelfer
Vorlage: VO/5166/2016

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk verliest den Bericht des Haupt- und Finanzausschusses. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich den Antrag abzulehnen. Aussprache wurde im Ältestenrat angemeldet.

An der Aussprache, in dessen Verlauf der Stadtverordnete Büchner die Sitzungsleitung übernimmt, beteiligen sich die Stadtverordneten Dr. Uchtmann, Schalauske, Hussein und Seipp.

Nach Beendigung der Aussprache lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Mit Ja stimmt die FDP/MBL-Fraktion, mit Nein stimmen die übrigen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung.

Der Antrag ist damit abgelehnt.

zu 11.12 Antrag der Fraktion FDP/MBL betr: Konzept Messe
Vorlage: VO/5167/2016

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Vorlage abzulehnen. Aussprache wurde im Ältestenrat angemeldet.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Dr. Uchtmann und Hussein sowie Oberbürgermeister Dr. Spies für den Magistrat.

Der Vorsitzende lässt im Anschluss über den Antrag abstimmen. Mit Ja stimmen die Fraktionen von CDU und FDP/MBL, mit Nein die übrigen Mitglieder des Hauses.

Der Antrag ist damit abgelehnt.

zu 11.14 Antrag der Fraktion FDP/MBL betr. Einsatz von Doppeldeckerbussen in Marburg prüfen
Vorlage: VO/5191/2016

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes übernimmt Stadtverordnetenvorsteherin Wölk wieder die Sitzungsleitung.

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich den Antrag abzulehnen. Aussprache wurde angemeldet.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Ditschler, Sell, Schwarz, Dr. McGovern und Seipp sowie Oberbürgermeister Dr. Spies.

Im Anschluss ruft die Stadtverordnetenvorsteherin zur Abstimmung auf. Für den Antrag stimmen die Mitglieder der FDP/MBL-Fraktion, gegen den Antrag die übrigen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung.

Der Antrag ist damit abgelehnt.

zu 11.15 Antrag der Fraktionen Marburger Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen betr. Kunstwettbewerb für eine Gedenkinstallation für die Opfer der "Marburger Jäger" im Schülerpark
Vorlage: VO/5201/2016

Für den Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Dinnebier. Der Antrag wurde dort leicht geändert. Der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Zustimmung. Aussprache wurde angemeldet.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Dort wurde ebenfalls die im Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder leicht abgeänderte Fassung zur Abstimmung gestellt. Dieser empfiehlt der Ausschuss ebenfalls mehrheitlich zuzustimmen.

An der folgenden Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Sturm, Dinnebier und Seitz.

Nach Beendigung der Aussprache lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über den geänderten Beschlusstext abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mit den Stimmen von SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linke und der Piratenpartei gegen die Stimmen von CDU und BfM bei Enthaltung der FDP/MBL:

Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, einen Kunstwettbewerb für eine Gedenkinstallation im Schülerpark auszurichten. Die Installation soll an die Opfer der Untaten der „Marburger Jäger“ erinnern und ihnen einen sichtbaren, materiell fassbaren, künstlerischen Ausdruck im öffentlichen Raum geben - in

direkter Kommunikation/Konfrontation mit dem dort bereits bestehenden Kriegsdenkmal und orientiert an den Erkenntnissen aus der Marburger Stadtschrift Nr. 101 „Zur Geschichte der ‚Marburger Jäger‘“.

Die Stadtverordnetenversammlung betrachtet die Einrichtung einer solchen Gedenkinstallation nicht nur als einen wichtigen Beitrag für die Aufarbeitung der Geschichte des Militarismus in Marburg und für die Aufklärung kommender Generationen, sondern auch als einen lokalen Beitrag für eine Kultur des Friedens und der Völkerverständigung.

Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, die Kosten für einen solchen Wettbewerb zu kalkulieren, der Stadtverordnetenversammlung darüber zu berichten und die finanziellen Mittel unter Berücksichtigung der Haushaltssituation einzustellen.

**zu 11.28 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Keine Kürzungen im Sozialbereich 2017
Vorlage: VO/5269/2016**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich den Antrag abzulehnen. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Aussprache sprechen der Stadtverordnete Schalauske, Oberbürgermeister Dr. Spies und Bürgermeister Dr. Kahle sowie die Stadtverordneten Pfalz, Göttling, Bokelmann und Rink.

Nach Beendigung der Aussprache lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über den Antrag abstimmen. Mit Ja stimmen die Fraktionen von B90/Die Grünen und Marburger Linke, mit Nein die Fraktionen von SPD, CDU, FDP/MBL und BfM.

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Die Stadtverordnete Kula beantragt eine Bandabschrift zu dem Tagesordnungspunkt.

**zu 12.1 Große Anfrage der FDP/MBL-Fraktion betr.: Umbaurenovierung des Erwin-Piscator-Hauses (EPH)
Vorlage: VO/4957/2016**

Die Große Anfrage wurde auf Wunsch der FDP/MBL-Fraktion auf die Tagesordnung genommen. Aussprache wurde durch die FDP/MBL-Fraktion angemeldet.

Die Aussprache wird gemeinsam mit der Aussprache zum TOP 13.1 – Sachstandsbericht Nr. 5 Bauprojekt Erwin-Piscator-Haus aufgerufen.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Dr. Uchtmann, Köster-Sollwedel, Dinnebier, Stötzl und Stadträtin Dr. Weinbach für den Magistrat.

Während der Aussprache hat die stellv. Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Neuwohner die Sitzungsleitung übernommen.

**zu 13.1 Sachstandsbericht Nr. 5 Bauprojekt Erwin-Piscator-Haus
Vorlage: VO/4915/2016**

Zu dem Tagesordnungspunkt wurde Aussprache durch die CDU-Fraktion angemeldet. Diese wird gemeinsam mit der Aussprache zum TOP 12.1 – Große Anfrage der FDP/MBL-Fraktion betr. Umbaurenovierung des Erwin-Piscator-Hauses (EPH) aufgerufen.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Dr. Uchtmann, Köster-Sollwedel, Dinnebier, Stötzel und Stadträtin Dr. Weinbach für den Magistrat.

Den Sachstandsbericht Nr. 5 zum Bauprojekt Erwin-Piscator-Haus nimmt die Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis.

Während der Aussprache hat die stellv. Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Neuwohner die Sitzungsleitung übernommen.

**zu 6 Marburger Ortsrecht
XIX. Nachtrag zur Hauptsatzung der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/5249/2016**

Die Vorlage wurde im Ältestenrat zurückgestellt.

**zu 7 Kanalgebührenhaushalt Nachkalkulation 2015, Gebührenkalkulation 2017
und II. Nachtrag zur Abwassersatzung der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/5222/2016**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP/MBL und BfM gegen die Stimmen der Marburger Linke bei Enthaltung des Vertreters der Piratenpartei folgenden Beschluss:

- 1. Dem der Vorlage als Anlage beigefügten Gutachten zur Nachkalkulation der Abwassergebühren für das Jahr 2015 sowie der Abwassergebührenkalkulation für das Jahr 2017 auf der Basis eines kalkulatorischen Zinssatzes von 4,2 % und Abschreibungen auf Wiederbeschaffungszeitwerten wird zugestimmt.**
- 2. Der Erstattung des ausgewiesenen Überschusses der Straßenentwässerung für das Jahr 2015 von 103.579,66 EUR an die Universitätsstadt Marburg wird zugestimmt.**
- 3. Der der Vorlage beigefügte II. Nachtrag zur Abwassersatzung der**

Universitätsstadt Marburg mit Inkrafttreten zum 01.01.2017 wird beschlossen.

**zu 8 Jahresrechnung der Stadt Marburg für das Haushaltsjahr 2013
Vorlage: VO/5227/2016**

Vor Aufruf des Tagesordnungspunktes übernimmt Stadtverordnetenvorsteherin Wölk wieder die Sitzungsleitung.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich dem Ausschussvotum an und beschließt einstimmig:

- 1. Der geprüfte Jahresabschluss 2013 in der Fassung vom 18.05.2016 (Vorlagen-Nr. VO/4848/2016) wird beschlossen und damit werden die Ergebnisse der Jahresrechnung wie folgt festgesetzt:**

Jahresergebnis des Ergebnishaushalts (Überschuss): 12.007.731,50 €

Finanzmittelfehlbetrag: - 1.208.572,09 €

Finanzmittelbestand zum 31.12.2013: 8.105.385,91 €

- 2. Dem Magistrat wird für die Jahresrechnung der Stadt Marburg aufgrund des Schlussberichtes des Prüfungsamtes gem. § 114 HGO Entlastung erteilt.**
-

**zu 8.1 Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2014
Vorlage: VO/5272/2016**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt ebenfalls einstimmig:

- 1. Der Jahresabschluss 2014 in der vom Magistrat vorgelegten Fassung wird gemäß § 112 HGO i. V. mit § 51 Ziffer 9 HGO zur Kenntnis genommen und dem Prüfungsamt der Universitätsstadt Marburg zugeleitet.**

Im Jahresabschluss ist berücksichtigt:

- Der im Produkt 469030 "Abfallwirtschaft" entstandene Fehlbetrag in Höhe von 506.623,01 € wird dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich "Abfallwirtschaft" entnommen.**

- Die im Budgetbericht als Teil des Jahresabschlusses ausgewiesenen Budgetüberschreitungen werden innerhalb der Dezernatsbudgets ausgeglichen. Eine Vorbelastung der Budgets des Folgejahres erfolgt nicht.
- Der Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis 2014 in Höhe von 6.288.279,30 € wird der Rücklage aus den Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses entnommen.
- Der Fehlbetrag im außerordentlichen Ergebnis 2014 in Höhe von 172.093,16 € wird der Rücklage aus den Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses entnommen.
- Dem Stiftungskapital der Adolf- und Luisa-Haeuser-Stiftung werden 10 % des Zinsertrages 2014 in Höhe von 854,33 € zugeführt.

2. Nach Abschluss der Prüfung durch das Prüfungsamt der Stadt Marburg wird der Magistrat den dann geprüften Jahresabschluss zusammen mit dem Schlussbericht des Prüfungsamtes der Stadtverordnetenversammlung nach § 113 HGO und § 114 i. V. mit § 51 Ziffer 9 HGO zur Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss und über die Entlastung des Magistrats vorlegen.

**zu 9 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg
Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 26/4, 1. Änderung
„Görzhäuser Hof“ im Stadtteil Michelbach
Vorlage: VO/5239/2016**

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Vorlage ist weiterhin im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften vorberaten worden. Es berichtet die stellv. Vorsitzende, Stadtverordnete Bauder-Wöhr. Auch der Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften empfiehlt einstimmig die Annahme der Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst daraufhin ebenfalls einstimmig folgenden Beschluss:

Für den im vorliegenden Übersichtsplan gekennzeichneten Bereich wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 26/4, 1. Änderung, „Görzhäuser Hof“ im Stadtteil Michelbach gefasst. Der Bebauungsplan wird gemäß § 13 BauGB im vereinfachten Verfahren aufgestellt.

zu 10 Dringlichkeitsanträge

zu 10.1 Dringlicher Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr. Stornierung des Kaufs des Marbuch-Verlags durch die Stadtwerke Marburg

Vorlage: VO/5294/2016

Der Antrag wurde – wie eingangs erwähnt – im Ältestenrat in einen Berichtsantrag umgewandelt. Der Stadtverordnete Dr. Uchtmann begründet den Antrag zunächst für die antragstellende Fraktion. Im Anschluss berichtet der Oberbürgermeister über die Hintergründe und den bisherigen Verlauf der Übernahme des Marbuch Verlages durch die Stadtwerke Marburg GmbH. Er weist darauf hin, dass der Stadtverordnetenversammlung dazu in der Januar-Sitzung noch eine Beschlussvorlage durch den Magistrat vorgelegt wird.

Der Berichtsantrag ist damit erledigt. Der Stadtverordnete Dr. Uchtmann beantragt eine Bandabschrift zu diesem Tagesordnungspunkt.

zu 11 Anträge der Fraktionen
**zu 11.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Tempo 30 in der Graf-von-Stauffenbergstraße
Vorlage: VO/4996/2016**

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert. Die geänderte Fassung wird einstimmig zur Annahme empfohlen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die geänderte Fassung des Antrages abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig:

Der Magistrat wird gebeten, einen Bericht vorzulegen, ob in der Graf-von-Stauffenberg-Straße Tempo 30 eingeführt werden kann und ob das bisherige Tempo 40 - dann 30 Schild - (in Richtung Innenstadt) direkt hinter den Kreisel versetzt werden kann, um Lärm- und Emissionsbelästigung sowie Gefahren für Leib und Leben zu reduzieren.

**zu 11.4 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Instandsetzung Fußwegeverbindung zwischen Marbacher Weg und Parallelweg
Vorlage: VO/5000/2016**

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Antrag wurde dort geändert. Die geänderte Fassung empfiehlt der Ausschuss einstimmig zur Annahme.

Die geänderte Fassung des Antrages ist ebenfalls im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften vorberaten worden. Es berichtet die stellv. Vorsitzende, Stadtverordnete Bauder-Wöhr. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen.

Weiterhin berichtet der Stadtverordnete Pfalz von der Vorberatung der geänderten Antragsfassung im Haupt- und Finanzausschuss. Auch dieser empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft die geänderte Fassung des Antrages zur

Abstimmung auf. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig:

Der Magistrat wird aufgefordert

1. den in Teilen zugewachsenen Fußweg zwischen dem Marbacher Weg/Höhe Chemie und dem Parallelweg zur Straße durch den Wald von Gestrüpp und Bewuchs zu säubern,
2. dabei die zugesagte ehrenamtliche Hilfe der Ketzerbachgesellschaft soweit erforderlich in Anspruch zu nehmen,
3. die Änderung des Namens (Vorschlag Ketzerbachgesellschaft: Grüner Weg zum Schloss) in die Wege zu leiten.

zu 11.7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Haushaltssperre

Vorlage: VO/5125/2016

Der Antrag wurde durch die antragstellende Fraktion im Haupt- und Finanzausschuss für erledigt erklärt.

zu 11.8 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Mitbestimmungsrechte für Beschäftigte und Mieter*innen im Aufsichtsrat der GeWoBau

Vorlage: VO/5129/2016

Der Antrag wurde durch die antragstellende Fraktion im Haupt- und Finanzausschuss bis zur Januar-Sitzung zurückgestellt.

zu 11.9 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Schließung der Sparkassenfilialen zurücknehmen

Vorlage: VO/5155/2016

Der Antrag wurde durch die antragstellende Fraktion im Haupt- und Finanzausschuss für erledigt erklärt.

zu 11.10 Antrag der Fraktionen CDU und FDP/MBL betr. Sicherheit

Vorlage: VO/5156/2016

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Dem Ausschuss lag eine von den Antragstellern geänderte Fassung des Antrages vor. Diese empfiehlt der Ausschuss einstimmig zur Annahme.

Die geänderte Fassung des Antrages liegt auf den Tischen der Stadtverordneten aus. Sie wird von der Stadtverordnetenvorsteherin zu Abstimmung aufgerufen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, CDU, Marburger Linke, FDP/MBL und BfM bei Enthaltung der Fraktion B90/Die Grünen und des Vertreters der Piratenpartei folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat nach den neuerlichen Vorfällen von Gewalt in der Innenstadt auf, einen runden Tisch „Sicherheit“ in regelmäßigen Abständen mindestens jedoch

viermal im Jahr einzuberufen.

In dem Gremium sollen Ordnungsamt, Polizei, Vertreter/innen aller Parteien in der Stadtverordnetenversammlung, Gewerbetreibende und sachkundige Bürgerinnen und Bürger miteinander ins Gespräch kommen und damit zur Verbesserung der Lebensqualität unserer Stadt beitragen. Der Magistrat mag dabei die Umsetzung so gestalten, dass Parallelstrukturen vermieden werden und ggfs. bestehende Arbeitsgruppen wie etwa das Präventionsprojekt „Einsicht gegen Gewalt“ ergänzt werden.

Insbesondere soll der Runde Tisch konkrete Vorschläge

- für respektvolles und tolerantes Zusammenleben in unserer Stadt
- für die Beseitigung von Angsträumen
- für eine angemessene Präsenz von Sicherheits- und Ordnungskräften in bekannten Konfliktbereichen
- für Verringerung von Kriminalitäts- und Gewaltursachen
- zur Vermeidung von Lärm und Konflikten zum Beispiel in der Oberstadt

erarbeiten und den Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung unterbreiten.

Der Runde Tisch tagt grundsätzlich nichtöffentlich. Er soll seine Ergebnisse jedoch mindestens jährlich der Öffentlichkeit vorstellen und dabei unmittelbar mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen.

**zu 11.13 Antrag der Fraktion FDP/MBL betr: Informationsveranstaltung mit UKGM
Vorlage: VO/5168/2016**

Der Antrag wurde im Ältestenrat durch die antragstellende Fraktion für erledigt erklärt.

**zu 11.16 Antrag der Fraktionen von SPD und BfM betr. Verbesserung des
Angebots an Geldautomaten der Sparkasse Marburg-Biedenkopf in den
Außenstadtteilen
Vorlage: VO/5205/2016**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Antrag wurde dort geändert. Der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Zustimmung. Die Fraktionen von CDU, B90/Die Grünen und Marburger Linke sind dem Antrag beigetreten.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die geänderte Fassung des Antrages abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig:

Der Magistrat wird aufgefordert, sich beim Verwaltungsrat der Sparkasse Marburg-Biedenkopf für ein verbessertes Angebot an

Geldautomaten mit Überweisungsfunktion einzusetzen. Die Bereitstellung in öffentlichen Räumen, beispielsweise in den Bürgerhäusern der Außenstadtteile, soll der Sparkasse angeboten werden.

**zu 11.17 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Verbesserung der Aufenthaltsqualität Elisabethstraße
Vorlage: VO/5242/2016**

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Antrag wurde dort geändert. Der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Zustimmung.

Der geänderte Antrag ist weiterhin im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften vorberaten worden. Es berichtet die stellv. Vorsitzende, Stadtverordnete Bauder-Wöhr. Der Ausschuss empfiehlt ebenfalls mehrheitlich den Antrag anzunehmen

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt die geänderte Antragsfassung zur Abstimmung. Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM und dem Vertreter der Piratenpartei gegen die Stimmen der FDP/MBL-Fraktion bei Enthaltung der CDU folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, die mit Bürgerbeteiligung beschlossene Rahmenplanung des Verkehrskonzepts Nordstadt unter Berücksichtigung der Auswertung des Verkehrsversuchs Nordstadt weiter voranzutreiben und damit die für die Verkehrsberuhigung in der Elisabethstraße vorgesehenen Maßnahmen umzusetzen.

**zu 11.18 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Einrichtung von Trinkwasserbrunnen prüfen
Vorlage: VO/5245/2016**

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet die stellv. Vorsitzende, Stadtverordnete Bauder-Wöhr. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich dem Ausschussvotum an und beschließt einstimmig:

- 1. Der Magistrat möge berichten, an welchen Orten in der Universitätsstadt Marburg öffentliche Trinkwasserbrunnen zu finden sind, und diese in geeigneter Weise bewerben.**
 - 2. Der Magistrat möge in Abstimmung mit den Stadtwerken prüfen, an welchen Stellen in der Universitätsstadt Marburg weitere öffentliche Trinkwasserbrunnen eingerichtet werden können.**
-

zu 11.19 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Solidarität mit demokratischen Kräften in der Türkei
Vorlage: VO/5254/2016

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linke und Piratenpartei bei Enthaltung von CDU, FDP/MBL und BfM folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung erklärt sich solidarisch mit allen demokratischen Kräften in der Türkei und insbesondere denjenigen Menschen, welche als kommunale Mandatsträger*innen der HDP sich für die Verteidigung der Demokratie in der Türkei einsetzen und sich dafür massiven Repressionen ausgesetzt sehen.

Im Interesse der in Marburg lebenden Menschen mit türkischen und kurdischen Wurzeln und deren in der Türkei lebenden Familien und Freunden ruft die Stadtverordnetenversammlung die türkische Regierung dazu auf, zu Demokratie und Rechtsstaat zurückzukehren, den Ausnahmezustand aufzuheben, die politischen Gegner freizulassen, die unveräußerlichen Menschenrechte zu beachten und die Meinungsfreiheit zu respektieren.

Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an den Bundestag, die deutsche Regierung, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission, im Sinne dieser Solidaritätserklärung auf die türkische Regierung einzuwirken.

zu 11.20 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Städtische Mitwirkung im Steuerermittlungsverfahren durch kommunale Betriebsprüfer
Vorlage: VO/5256/2016

Der Antrag wurde durch die antragstellende Fraktion im Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt.

zu 11.21 Antrag der Piratenpartei betr.: Haushalt I: Einsparung des Gestaltungsbeirates
Vorlage: VO/5257/2016

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet die stellv. Vorsitzende, Stadtverordnete Bauder-Wöhr. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig den Antrag abzulehnen.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Antrag wurde dort auf Wunsch der Antragsteller geändert. Der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich zuzustimmen. Der ursprünglichen Antragsform empfiehlt der Ausschuss

einstimmig die Ablehnung.

Die Stadtverordnetenversammlung lässt anschließend zunächst über den geänderten Antrag abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, CDU, FDP/MBL und BfM gegen die Stimmen von B90/Die Grünen und Marburger Linke bei Enthaltung der Piratenpartei folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob und wie der Gestaltungsbeirat kostengünstiger organisiert werden kann. Längere Sitzungsintervalle oder die Einsparung eines Mitglieds oder die Teilnahme von weniger Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung an den Ortsterminen und Sitzungen können denkbare Wege sein.

Der ursprüngliche Antrag wird bei einer Ja-Stimme des Vertreters der Piratenpartei und Nein-Stimmen der übrigen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt.

**zu 11.22 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und Marburger Linke betr. Umbau von Querstellen in der Jahnstraße
Vorlage: VO/5258/2016**

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme des Antrages. Weiterhin berichtet die Stadtverordnete Bauder-Wöhr von der Vorberatung im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften. Auch dieser empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich den Ausschussvoten an und beschließt einstimmig:

Der Magistrat wird beauftragt, eine Verbesserung für Fahrräder, Rollstühle, Kinderwagen, Rollatoren o.ä. beim Übergang der verschiedenen Straßenbeläge in der Jahnstraße zwischen Universitätsstadion und Jugendherberge, bspw. durch eine Absenkung der Straßenkante, herbeizuführen.

**zu 11.23 Antrag der CDU-Fraktion betr.: Elektronischer Sitzungsdienst
Vorlage: VO/5259/2016**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Antrag abstimmen.

Mit Ja stimmen die Fraktionen von CDU, SPD, FDP/MBL, BfM und der Vertreter der Piratenpartei sowie von B90/Die Grünen die Stadtverordneten Götting, Dr. McGovern, Dr. Neuwohner, Nezi, Seitz, Stark und Dr. Therre

Staal, von der Marburger Linke die Stadtverordneten Bastian, Bauder-Wöhr, Kula, Schalauske, Schwarz und Sturm. Mit Nein stimmen die Stadtverordneten Böhm und Köster-Sollwedel bei Enthaltung der Stadtverordneten Dr. Perabo.

Damit ist mehrheitlich beschlossen:

1. **Für jedes Mitglied der Stadtverordnetenversammlung sowie des Magistrats wird zu Beginn der jeweiligen Legislaturperiode die Infrastruktur geschaffen, um alle Sitzungsunterlagen digital zu erhalten und bearbeiten zu können.**
2. **Alle Sitzungsunterlagen und Einladungen der Universitätsstadt Marburg für die Mitglieder des Magistrats sowie der Stadtverordnetenversammlung werden elektronisch versandt.**
3. **Die Mandatsträger, die an dem elektronischen Sitzungsdienst nicht teilnehmen möchten, können anstelle der elektronischen Infrastruktur die Unterlagen weiterhin in Papierform erhalten.**
4. **Die Satzungen werden entsprechend geändert.**
5. **Vor der Umstellung auf den elektronischen Sitzungsdienst werden im Rahmen einer kostenlosen Schulung die digitalen Nutzungsmöglichkeiten aufgezeigt und Fragen beantwortet. Die Teilnahme ist freiwillig.**

**zu 11.24 Antrag der CDU-Fraktion betr. Baulandausweisung in den Außenstadtteilen
Vorlage: VO/5260/2016**

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet die stellv. Vorsitzende, Stadtverordnete Bauder-Wöhr. Der Antrag wurde im Ausschuss ergänzt. Der ergänzten Fassung empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Annahme.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt die ergänzte Antragsfassung zur Abstimmung. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, umgehend Bauland in denjenigen Außenstadtteilen auszuweisen, deren Ortsbeirat sich mehrheitlich für die Ausweisung von Bauland ausgesprochen hat, auf der Grundlage des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 20. November 2015 zur Vorlage VO/4267/2015.

**zu 11.25 Antrag der CDU-Fraktion betr. Gießkannen
Vorlage: VO/5261/2016**

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet die stellv.

Vorsitzende, Stadtverordnete Bauder-Wöhr. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich dem Antrag zuzustimmen.

In der folgenden Abstimmung fasst die Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen von CDU, FDP/MBL und BfM gegen die Stimmen von B90/Die Grünen, Marburger Linke und Piratenpartei bei Enthaltung der SPD folgenden Beschluss:

Der Magistrat möge prüfen, ob die in städtischem Eigentum befindlichen Gießkannen auf den Friedhöfen mit einem Pfandsystem ausgestattet werden können. Dies betrifft den Hauptfriedhof und die Friedhöfe in den Stadtteilen sofern dies vom Ortsbeirat oder der Bevölkerung gewünscht wird.

**zu 11.26 Antrag der CDU-Fraktion betr. Verkehrswege verbessern
Vorlage: VO/5262/2016**

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig:

Der Magistrat möge die Verkehrswege für Fußgänger verbessern, indem er auf die tatsächlichen Laufwege Rücksicht nimmt. Dies betrifft insbesondere die Wege von und zu den Bahnhofsvorplätzen.

**zu 11.27 Antrag Fraktionen Marburger Linke und SPD betr. Unterstützung der Petition „Geflüchtete aus Griechenland und Italien nach Deutschland holen – Relocation jetzt umsetzen!“
Vorlage: VO/5263/2016**

Für den Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Böhm. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Annahme des Antrages.

Von der Vorberatung des Antrages im Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt mehrheitlich dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM und Piratenpartei gegen die Stimmen von CDU und FDP/MBL folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Petition „Geflüchtete aus Griechenland und Italien nach Deutschland holen - Relocation jetzt umsetzen!“

zu 13 Kenntnisnahmen

zu 13.2 Bericht zur Modernisierung der Marburger Altenhilfe St. Jakob (Richtsberg) in Umsetzung der "Marburger Leitlinien einer zukunftsweisenden Alterssozialpolitik"
Vorlage: VO/5186/2016

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den vorgelegten Bericht zur Kenntnis, in welchem Umfang und in welcher Form die von der STVV am 31.01.2015 beschlossene Beschlussvorlage des Magistrats betr. „Modernisierung der Marburger Altenhilfe St. Jakob (Richtsberg) in Umsetzung der „Marburger Leitlinien einer zukunftsweisenden Alterssozialpolitik“ (VO/3737/2015) bei den bisherigen Überlegungen und Planungen zur Neustrukturierung der Sudetenstraße Berücksichtigung gefunden hat und wie vor allem die in Spiegelstrich 4 dieses Antrags aufgeführten Ziele umgesetzt werden sollen.

zu 13.3 Genehmigung des 2. Nachtragshaushaltsplan 2016
hier: Verfügung des Regierungspräsidiums Gießen
Vorlage: VO/5284/2016

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Genehmigung des 2. Nachtragshaushaltsplans 2016 mit der Begleitverfügung des Regierungspräsidiums Gießen vom 30.11.2016 zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Die Stadtverordnetenvorsteherin schließt die Sitzung um 21:45 Uhr.

Wölk
 Stadtverordnetenvorsteherin

Simon
 Vorsitzender
 der SPD-Fraktion

Stötzel
 Vorsitzender
 der CDU-Fraktion

Sprenger
 Protokoll und
 Geschäftsstelle

Anlagen

- Dringlicher Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr. Stornierung des Kaufs des Marbuch-Verlags durch die Stadtwerke Marburg (VO/5294/2016)
- Dringlicher Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Sicherstellung der Kinderbetreuung während der Sprachkurse ihrer Müller (VO/5296/2016)
- Antworten auf die Kleinen Anfragen Nr. 1 – 35

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: VO/5294/2016
	Status: öffentlich
	Datum: 15.12.2016
Antragstellende Fraktion/en: FDP/MBL	

Beratungsfolge:		
Gremium Stadtverordnetenversammlung Marburg	Zuständigkeit Entscheidung	Sitzung ist Öffentlich

Dringlicher Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr. Stornierung des Kaufs des Marbuch-Verlags durch die Stadtwerke Marburg

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird aufgefordert, seinen Einfluss auf die Stadtwerke Marburg geltend zu machen, um den Kauf des Marbuch-Verlags durch die Stadtwerke noch zu verhindern.

Begründung:

Mit den Stichworten "Stadtfest-Sicherung", "Notlösung", "Job-Rettung", "Firmen-Zerschlagung" und "Intensivierung der Kundenwerbung" begründen die Stadtwerke laut einem OP-Bericht ihre Absicht den Marbuch-Verlag zu kaufen und alle Mitarbeiter zu übernehmen. Als Geschäftsführer des zu erwerbenden Verlags soll der Stadtwerke-Chef Schüren eingesetzt werden, der ja einschlägige eigene Erfahrungen auch mit dem "Schüren-Verlag" seiner Ehefrau hat. Auf den Kauf soll dann die Zerschlagung folgen. Von Seiten des Vorstandsvorsitzenden der Stadtwerke, OB Dr. Spies, wurde in der Presse festgestellt: „Der Verlag ist bei den Stadtwerken nur vorübergehend geparkt.“ Es gebe - abgesehen von den Aspekten der Stadtfest-Organisation - „kein Interesse an einer dauerhaften Verlagsbeteiligung“ seitens der Stadt oder ihres Eigenbetriebs. Mit 86.000 Euro und den übernommenen Mitarbeitern sind die Parkgebühren extrem hoch und durch nichts zu rechtfertigen. Jedenfalls nicht aus den offiziell genannten äußerst fadenscheinigen Gründen. Das Stadtfest "3 Tage Marburg" kann jeder größere Veranstalter organisieren. Man muss zu dem Schluss kommen, dass jemand sich und seinen Freunden eine private Spielwiese schaffen will. Dann aber bitte auch mit privatem Geld und nicht mit öffentlichen Mitteln auch noch mit Unterstützung des OB.

Da der Kauf bereits zum 1. Januar 2017 vollzogen werden soll, ist Eile geboten und der Antrag daher dringlich.

Dr. Hermann Uchtmann
Michael Selinka

Christoph Ditschler
Hanke F. Bokelmann

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: VO/5296/2016
	Status: öffentlich
	Datum: 15.12.2016
Antragstellende Fraktion/en: B90/Die Grünen	

Beratungsfolge:		
Gremium Stadtverordnetenversammlung Marburg	Zuständigkeit Entscheidung	Sitzung ist Öffentlich

Dringlichkeitsantrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Sicherstellung der Kinderbetreuung während der Sprachkurse ihrer Mütter

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, mit sofortiger Wirkung finanzielle Mittel bereit zu stellen, damit eine zuverlässige Betreuung von Kindern ermöglicht wird, deren Mütter im Rahmen der Integrationsmaßnahmen Deutschkurse besuchen.

Begründung:

Unzweifelhaft ist der Spracherwerb eine sehr wichtige Bedingung für die Integration von Geflüchteten und für ein friedliches Zusammenleben. Vor allem geflüchteten Frauen muss es ermöglicht werden die Chance des Deutschlernens nutzen zu können. Besonders bei allein erziehenden Müttern (und Vätern) sollte es deshalb selbstverständlich sein, dass ihre Kinder während der Deutschkurse betreut werden. Dies ist derzeit nicht der Fall. Deshalb muss schnellstmöglich sichergestellt werden, dass die Kinder der geflüchteten Frauen, die einen Deutschkurs besuchen, zuverlässig betreut werden können, wie dies auch allein erziehende Mütter bei Fortbildungsmaßnahmen der Arbeitsagentur erfahren.

Dr. Elke Therre-Staal

Kleine Anfrage Nr. 01

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Winfried Kissel
Fraktion / Partei:	CDU

Frage:

Bei den Anschlußarbeiten eines Neubaus an der Straße „Zum Wallgraben“ in Ginseldorf sind Straßenschäden entstanden, die noch nicht behoben wurden. Kann der Magistrat veranlassen, das dieses erledigt wird?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Dr. Kahle

Stellungnahme/Antwort:

Die Arbeiten für den Hausanschluss in der Straße "Zum Wallgraben" wurden von den Stadtwerken Marburg beauftragt. Diese sind in erster Linie für die ordnungsgemäße Abwicklung der Baumaßnahme und die fachgerechte Wiederherstellung der Straße verantwortlich. Nach Bekanntwerden des Mangels wurde die bauausführende Firma im Juli 2016 vom Fachdienst Tiefbau angeschrieben und zur umgehenden Instandsetzung aufgefordert. In ihrer Antwort hat die Firma eine kurzfristige Mängelbeseitigung nach Lieferung der für den Austausch erforderlichen Pflastersteine zugesichert. Nach Rückfrage vom 28.11.2016 sollen die Schäden bis spätestens 09.12.2016 beseitigt werden.

Dr. Franz Kahle
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 02

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Winfried Kissel
Fraktion / Partei:	CDU

Frage:

Der Baumstumpf auf dem Backhausgrundstück in Ginseldorf ist immer noch nicht entfernt worden. Kann der Magistrat veranlassen, das die Beseitigung des Baumstumpfs, wie vom Ginseldorfer Ortsbeirat gewünscht, zeitnah erfolgt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 67 - Stadtgrün, Klima- und Naturschutz
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Dr. Kahle

Stellungnahme/Antwort:

Das Ausfräsen des Baumstubbens ist Bestandteil des Sammelauftrages vom 10.10.2016 an DBM für Stubbenfräsarbeiten im Stadtgebiet. Auf Nachfrage bei DBM werden die Fräsarbeiten innerhalb der nächsten 14 Tage durchgeführt.

Dr. Franz Kahle
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 03

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Dominic Dehmel
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Der Magistrat wird gebeten darüber Auskunft zu geben, ob die Marburger Grundschulen (4. Klassen) für die Erkundung der weiterführenden Schulen Wandertage nutzen oder ob die Schüler und Eltern nur außerhalb der Grundschul-Unterrichtszeit an Tagen der offenen Tür die weiterführenden Schulen kennenlernen können?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 40 - Schule
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Dr. Weinbach

Stellungnahme/Antwort:

Damit es zu keinem Unterrichtsausfall für die Grundschüler/-innen kommt, wurde ab diesem Schuljahr vom Staatlichen Schulamt für den Landkreis Marburg-Biedenkopf entschieden, dass die Tage der offenen Tür, an denen die Grundschüler/-innen die weiterführenden Schulen besuchen können, in der unterrichtsfreien Zeit durchzuführen sind, d.h. entweder am Nachmittag oder aber am Samstag.

Dr. Kerstin Weinbach
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 04

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Dominic Dehmel
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

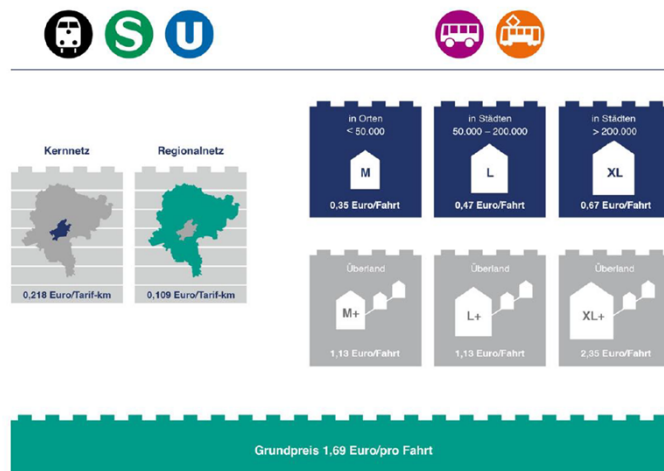
Der Magistrat wird gebeten darüber Auskunft zu geben, ab wann der RMV-Smart-Tarif für die Nutzerinnen und Nutzer günstiger wäre, als eine normale Fahrkarte mit den verschiedenen Preisstufen.

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg Consult
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der RMVsmart-Tarif wird aktuell im Rahmen einer dreijährigen Pilotphase getestet.

Die Preisbildung erfolgt nach den tatsächlich zurückgelegten Strecken mit dem jeweils gewählten Verkehrsmittel. Das nachfolgende Schaubild erläutert die verschiedenen Preiskomponenten:



Quelle: RMV

Der herkömmliche RMV-Tarif ist ein Wabentarif, orientiert sich im Wesentlichen an Gebietskörperschaftsgrenzen, was mitunter zu für den Fahrgast nicht nachvollziehbaren Preissprüngen an Stadt- oder Landkreisgrenzen führen kann.

Eine pauschale Aussage, wann welcher Tarif günstiger ist, lässt sich leider nicht treffen. Es kann durchaus Preisverschiebungen in beide Richtungen geben, sodass manche Strecken günstiger, andere teurer werden.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 05

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Madelaine Stahl
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:

Gerade im Winter sind sichere, beheizte Schlafplätze für obdachlose Menschen überlebenswichtig. Wie schätzt die Stadt die derzeitige Bedarfslage ein, wie steht diese im Verhältnis zum Angebot und welche speziellen Unterbringungsmöglichkeiten gibt es für Frauen, Minderjährige und Obdachlose mit Haustieren?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 55 - Wohnungswesen
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der Sozialbericht der Universitätsstadt Marburg geht im Kapitel 3.4.6 auf das Thema Obdachlosigkeit ein. An den dort beschriebenen Strukturen hat sich seither keine grundlegende Änderung ergeben.

Über die vergangenen Jahre entstand in der Regel immer dann ein kurzfristiger, erhöhter Bedarf, wenn plötzliche Kälteeinbrüche eingetreten sind. Die Universitätsstadt Marburg, die eng mit der Fachberatung Wohnen des Diakonischen Werks Marburg-Biedenkopf zusammenarbeitet, hält ein Städtisches Übernachtungsheim unter der Adresse „*Gisselberger Straße 35*“ mit einer Kapazität von bis zu 16 Plätzen vor. Diese stehen für die beschriebenen Bedarfslagen zur Verfügung und waren stets ausreichend. Eine nach Geschlecht getrennte Übernachtung ist dort möglich; eventuell mitgeführte Hunde können in einem Zwinger einquartiert werden.

In der Regel können Nichtsesshafte und Wohnungslose im Städtischen Übernachtungsheim für bis zu drei Tage übernachten. Während besonderer Situationen wird hiervon jedoch selbstverständlich abgewichen.

Sollten uns oder der Beratungsstelle oder einer anderen Dienststelle, wie der Polizei, minderjährige Obdachlose bekannt werden, würde wegen des Sachverhalts der *Kindeswohlgefährdung* unverzüglich das Jugendamt verständigt, um eine Inobhutnahme in die Wege zu leiten.

Um die im Konzept zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit vorgesehenen Maßnahmen einleiten zu können, werde ich der Stadtverordnetenversammlung vorschlagen, einen entsprechenden Ansatz zusätzlich neu in den Haushalt 2017 aufzunehmen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 06

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Über dem Eingang des Marburger Zollamts in der Ernst-Giller-Straße hängt ein Bild, welches eine stereotype-koloniale Darstellung von vier Menschen zeigt. Was kann der Magistrat über den Hintergrund dieses Bildes berichten und hält er diese Darstellung vor dem Hintergrund der deutschen Kolonialgeschichte (und der Rolle der Militäreinheit Marburger Jäger darin) im 21. Jahrhundert noch für zeitgemäß?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 41 - Kultur
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Dr. Weinbach

Stellungnahme/Antwort:

Die Marburger Denkmaltopographie schreibt zum zwischen 1949 und 1953 errichteten Marburger Zollamt in Bundesbesitz und seinem in der Anfrage angesprochenen Bild: „Das Relief zeigt der Funktion des Gebäudes entsprechend Vertreter und landestypische Waren anderer Kontinente ... Das Zollamt stellt ein im Original erhaltenes Gebäude der Zeit des Wiederaufbaus dar. Mit seiner intakten Innenausstattung und seiner durch das Relief auch nach außen hin ablesbaren Funktion stellt es ein Kulturdenkmal aus bau-, siedlungs- und sozialgeschichtlichen Gründen dar.“

Das Hauptzollamt Gießen nimmt wie folgt Stellung:

„Aus unserer Sicht ist das Relief am Zollamtsgebäude keine Darstellung oder Verherrlichung des Kolonialismus, sondern vielmehr eine in einer bestimmten Zeitepoche (Nachkriegszeit) entstandene und der Funktion des Gebäudes (Zollamt) entsprechende Darstellung des internationalen Handels- und Warenverkehrs. So symbolisieren die Menschen auf der rechten Seite zur damaligen Zeit bedeutende Wirtschaftszweige des Marburger Landes, nämlich die Eisen- und Stahlindustrie (Verhüttung im Marburger Land bzw. im Hinterland) und die pharmazeutische Industrie in der Stadt Marburg. Damit wird mit regionalem Bezug exemplarisch auf den aufstrebenden Ausfuhrhandel deutscher Firmen in dieser Zeit hingewiesen, aber auch auf eine der beiden Hauptaufgabenfelder des Zollamtes. Die andere (linke) Seite soll die zweite Aufgabe des Zollamtes widerspiegeln, nämlich die Überwachung des ebenfalls zunehmenden Einfuhrhandels von Waren aus aller Welt. Als Beispiele hat man hier die Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen gewählt, die in dieser Zeit eine große Rolle spielten, auch für die Zollabfertigung. Bananen, Kaffee, Reis sowie exotische Früchte sind dabei ausgewählte Beispiele, die für die Menschen in der Region und den Einfuhrhandel wichtig waren.“

Die ästhetische Gestaltung des Reliefs entspricht sicher nicht heutigen ästhetisch-sozialen Vorstellungen und Ansprüchen. Das dürfte aber für viele historische Darstellungen gelten. Eine direkte Verbindung zu der in der Marburger Stadtschrift ausführlich aufgearbeiteten Geschichte der Marburger Jäger und ihrer Beteiligung an Kriegsverbrechen und Massenmorden ist aus Sicht des Magistrats aber nicht ableitbar.

Dr. Kerstin Weinbach
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 07

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Marco Nezi
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:

Kann der Magistrat die Folgen für die innerstädtische Verkehrssituation skizzieren, die bei einer ungeplanten Sperrung der Weidenhäuser Brücke auf Grund von Verfallserscheinungen und den damit verbundenen Gefahren für die Verkehrssicherheit aufträten?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Mit Gefahren für die Verkehrssicherheit ist nicht derzeit zu rechnen, ebenso wenig mit einer kurzfristigen – ungeplanten - Sperrung der Weidenhäuser Brücke. Geplant ist eine regelhaft vorgesehene Hauptprüfung der Brücke im Sommer 2017. Sollte dabei tatsächlich ein sich verschlechternder Bauzustand der Tragegewölbe der Weidenhäuser Brücke festgestellt werden, so wäre es zur Vorbeugung von Verkehrsgefährdungen möglich, dass es zu einer Einschränkung der für die Brücke zugelassenen Belastungen kommt. Dies kann in Form einer Herabstufung der zulässigen Tonnage und/oder der Sperrung von einzelnen kompletten Fahrspuren erreicht werden.

Die Herabstufung der zulässigen Belastung erfolgt in Brückenklassen nach DIN 1072 gemäß einer aktuellen Einstufungsberechnung:

Brückenklasse	Beschilderung	betroffene Fahrzeuge nach zul. Gesamtgewicht (Beispiele):
30/30 *	30 to	Schwere Transportfahrzeuge über 30 to, Schwerlasttransporte über 40 to
16/16	16 to	Gelenkbusse 28 to, Lieferfahrzeuge z. B. für Beton, LKW 3- Achser
12/12	12 to	Busse 12 m (16 bis 18 to), Müllfahrzeuge, Lieferfahrzeuge z. B. für Baumaterial, LKW 2-Achser
9/9	9 to	Kleinbusse, Möbeltransporter, Lieferfahrzeuge für Einzelhandel
6/6	6 to	Transporter
3/3	3 to	Kleintransporter
PKW		leichte Transportfahrzeuge
Fuß- Radverkehr	0,5 to/m2 **	PKW
Vollsperrung		Alle Verkehre über und unter der Brücke

* Aktuelle Einstufung

** für einzelne Streifen

Ob überhaupt und falls ja, wann und in welchem Ausmaß die zulässige Belastung reduziert werden muss, kann nicht sicher prognostiziert werden, weil dies auch von Einflussfaktoren abhängt, die sich nicht vorhersagen und beeinflussen lassen (Witterung mit Frost und Tauwechseln, Schäden durch Überlastung infolge unzulässiger Befahrung).

Wenn eine erneute Abstufung der Brücke erforderlich werden sollte, so würden entweder keine Gelenkbusse und 3-achsigen Lkw mehr über die Brücke fahren können oder eine Fahrspur müsste gesperrt werden. Der Schwerverkehr müsste dann auf die Anschlussstellen Bahnhofstraße und Südspange bzw. Gisselberger Straße ausweichen, wie es bereits für die Baumaßnahmen Universitätsbibliothek gehandhabt wurde.

Der Busverkehr müsste tw. neu organisiert werden. Da im Rahmen der ursprünglichen Sanierungsplanung eine Vollsperrung angedacht war, sind für diesen Fall bereits alternative Netzpläne der Stadtwerke vorbereitet.

Sollte statt einer Tonnagereduzierung auf allen drei Spuren eine Fahrspur gesperrt werden müssen, so könnten Rückstaus in der Straße Erlenring sowie erhöhte Verkehre auf der Innenstadtachse entstehen.

Mit jeder weiteren Einschränkung würde sich die Verkehrssituation auf den möglichen Ausweichstrecken verschärfen. Bei einer Vollsperrung der Weidenhäuser Brücke, wie sie im Rahmen der mittelfristig zu erwartenden Sanierung ohnehin erforderlich ist, ist mit erheblichen Verkehrsbehinderungen in der Innenstadt von Marburg zu rechnen.

Zur Vermeidung einer Situation, in der in den nächsten Jahre derzeit nicht vorhergesehene Belastungsbeschränkungen eintreten könnten, wird derzeit geprüft, wie die Kosten durch eine Vorgehensweise in Bauabschnitten reduziert werden können. Dabei muss im Verlauf auch die Frage der Förderfähigkeit berücksichtigt werden.

Für den Haushalt 2017 wird eine Verpflichtungsermächtigung für die Weidenhäuser Brücke vorgeschlagen. Nach der erneuten Hauptprüfung sowie eventuell weiteren Untersuchungen zu den genannten Varianten kann damit in 2017 über eine kostengünstige und zuwendungssichernde Planung abgestuft entschieden werden.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 08

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Marco Nezi
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:

Wie stellt der Magistrat (zum Beispiel durch ein spezielles Reinigungskonzept) sicher, dass insbesondere im Herbst und Winter bei der Verwendung von Streugut und einem höheren Maß an Verschmutzung durch Laub und Äste die abmarkierten Fahrradstreifen auf zahlreichen Straßen der Marburger Innenstadt ohne Qualitätseinbußen (z.B. durch Kieselsteine) für den Radverkehr zu befahren sind?

Stellungnahme/Antwort durch:	Dienstleistungsbetrieb Marburg (DBM)
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Dr. Weinbach

Stellungnahme/Antwort:

Grundsätzlich werden die genannten Straßen mit Fahrradstreifen gem. Satzung mit den Kehrmaschinen mitgereinigt.

Sobald, insbesondere im Winterdienst, festgestellt wird, dass die normalen Intervalle nicht ausreichen, werden ad hoc Zusatzreinigungen durchgeführt. Dabei gilt aber zu beachten, dass es insbesondere aufgrund der Witterung natürlich nicht immer möglich sein kann, zeitnah die Reinigung der Fahrradstreifen durchzuführen. Eine weitere Beschränkung kann sich dadurch ergeben, dass die Kehrmaschinen bei Minusgraden grundsätzlich nicht eingesetzt werden können. Insofern müssen sich auch die Fahrradfahrer auf witterungsbedingte Einschränkungen einstellen.

Gerne nehmen das Ordnungsamt und der DBM dazu auch Hinweise von Bürgerinnen und Bürgern zum Anlass, eine Reinigung durchzuführen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Dr. Kerstin Weinbach
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 09

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Dr. Elke Therre-Staal
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:

Der Magistrat wird gebeten, mitzuteilen, wo die Luftmessstation Universitätsstraße während der Umbaumaßnahmen des Allianzhauses aufgestellt wird und wo nach Abschluss der endgültige Standort sein wird.

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 69 - Umwelt und Naturschutz, Fairer Handel und Abfallwirtschaft
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Dr. Kahle

Stellungnahme/Antwort:

Die Luftmessstationen in Hessen werden von der HLNUG (Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie) betrieben – so auch die Stationen in der Universitätsstraße und Gutenbergstraße.

Am 22.11.2016 fand ein Vor-Ort-Abstimmungsgespräch in Marburg statt.
(Teilnehmer: HLNUG: Frau Dr. Broll, Herr Bader, Stadt Marburg: Rausch, Friedrich)

Hierbei wurden potentiell geeignete Standorte besichtigt. Diese befinden sich alle auf dem Gelände der Universität Marburg neben dem Gebäude des FB Rechtswissenschaften (Savigny-Haus, Universitätsstraße 6). Die Einrichtung des Standortes wird seitens der HLNUG derzeit mit der Philipps-Universität abgestimmt und soll spätestens zum 31.01.2017 realisiert werden.

Der HLNUG ist bekannt, dass eine Sanierung des Gebäudes der Rechtswissenschaften in den nächsten Jahren geplant ist. Deshalb werden neben der Einrichtung des neuen Standortes an der Universitätsstraße 6 auch weitere potentiell geeignete Standorte geprüft. Hierfür sollen für den Luftschadstoff Stickstoffdioxid (NO₂) Messungen mittels „Passivsammlern“ an verschiedenen Standorten in der Universitätsstraße durchgeführt werden. Diese zusätzlichen Messungen werden für mindestens ein Jahr durchgeführt werden.

Dr. Franz Kahle
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 10

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Roland Böhm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Warum wird am TTZ (Software-Center) ein bisher vorhandener Kinderspielplatz durch Parkplätze ersetzt?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Anfangs wurde der Spielplatz an etwa 10 Tagen im Jahr von Kindern genutzt. Leider hat sich dieser Spielplatz zu einer Art Katzenklo des Südviertels entwickelt. Er stellt damit eine erhebliche Gesundheitsgefahr dar und sollte als Spielfläche nicht mehr genutzt werden. Wir sind nicht in der Lage zu verhindern, dass Tiere den Sand des Spielplatzes als Toilette nutzen, da die Gebäude als Gewerbeanlage nicht durchgängig besetzt sind um einen Missbrauch verhindern zu können.

Im Übrigen war diese Fläche schon in der 1. Baugenehmigung als Parkplatzfläche ausgewiesen. Der Betreiber TTZ versuchte durch den Spielplatz für Eltern mit Kleinkindern eine Möglichkeit zur Erholung zu schaffen, was aus vor genannten Gründen leider nicht funktionierte.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 11

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Wieland Stötzel
Fraktion / Partei:	CDU

Frage:

Hat der Bürgermeister bei seinem Redebeitrag in der Stadtverordnetenversammlung am 18.11.16 zu TOP 27.16 die Meinung des Magistrats vertreten oder ist der Magistrat der Auffassung, der Bürgermeister könnte seine Privatmeinung in der Stadtverordnetenversammlung vertreten (entgegen § 59 Satz 4 HGO)?

Stellungnahme/Antwort durch:	011 - Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der Magistrat hat zu TOP 27.16 keinen Beschluss gefasst. Der Magistrat hat auch zu dem Antrag inhaltlich nicht Stellung genommen. Er hat lediglich festgestellt, dass der Beschluss der Investitionsprogramme gemäß § 103 Abs. 3 HGO in die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung fällt.

Der Bürgermeister hat als Baudezernent zur Streichung der Weidenhäuser Brücke aus dem Investitionsprogramm eine fachliche Stellungnahme abgegeben. Diese ist weder als Meinung des Magistrats noch als seine Privatmeinung zu werten. Dies gilt umso mehr, als dass die Weidenhäuser Brücke im derzeit gültigen Haushaltsplan verankert ist.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 12

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Wieland Stötzel
Fraktion / Partei:	CDU

Frage:

Werden von dem „Gemeinsamen Mitteilungsblatt“ noch Druckstücke hergestellt und verteilt, welcher Gesamtaufwand fällt hierfür an und kann man dieses Geld nicht sparen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 10 - Personal, Organisations- und Beteiligungsmanagement
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Das verwaltungsinterne Kommunikationsmedium „Gemeinsames Mitteilungsblatt“ wird weit überwiegend elektronisch versandt und nur noch in 22 Exemplaren gedruckt. Empfänger dieser Druckstücke sind hauptsächlich einige Ortsvorsteher und Schulen, die wir ebenfalls sukzessive und nach Möglichkeit auf den elektronischen Versand umstellen werden. Ausgehend von den internen Verrechnungssätzen für Druckaufträge sind in 2015 Kosten i.H.v. insgesamt 580 € für die gedruckten Exemplare des Gemeinsamen Mitteilungsblattes entstanden.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 13

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Im vergangenen Jahr konnte der ÖPNV an allen vier Adventssamstagen kostenlos genutzt werden. Ist diese für Bürger/innen, Besucher/innen sowie lokalen Einzelhandel vorteilhafte Aktion abgeschafft worden und falls ja, von wem und warum?

Stellungnahme/Antwort durch:	011 - Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Das Angebot wurde seitens der Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern im letzten Jahr nur bedingt wahrgenommen. Überwiegend wurde auch an diesen Tagen der Bus von Personen benutzt, die ohnehin über Dauerkarten verfügen. Zugleich sind Beschwerden dieser Gruppe eingegangen, die bemängeln, dass sie sich im Sinne der Gleichbehandlung benachteiligt gefühlt hatten.

Die Kosten für das kostenlose Busfahren an den Adventssamstagen betragen 2015 22.000 Euro aus städtischen Mitteln. Angesichts der Erfahrungen wurde im Rahmen der Haushaltskonsolidierung von einer Beauftragung an die Stadtwerke abgesehen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 14

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Dr. Christa Perabo
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:

Kann der Magistrat Auskunft geben, ob die Sparkasse Marburg-Biedenkopf den Zielvereinbarungen zwischen dem Sparkassen und Giroverband Hessen-Thüringen und den Behindertenorganisationen auf Landesebene beigetreten ist - und wenn nein – ob und wann sie sich den Zielvereinbarungen anschließen wird?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 10 - Personal, Organisations- und Beteiligungsmanagement
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Zu der Kleinen Anfrage hat die Sparkasse Marburg-Biedenkopf wie folgt Stellung genommen:

„Die vom Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen (SGVHT) abgeschlossene Zielvereinbarung zur Barrierefreiheit bei der Nutzung von Dienstleistungen der Sparkasse liegt in unserem Haus zur Prüfung vor. Eine Entscheidung über einen Beitritt ist noch nicht getroffen, da die Umsetzung der Beschlüsse zur Standortanalyse derzeit Vorrang hat. Die Teilhabe von Menschen mit Behinderung ist uns als regionales Kreditinstitut mit einer hohen Bindung zu unseren Kunden sehr wichtig. Unabhängig von der ausstehenden Entscheidung zur Zielvereinbarung setzt die Sparkasse daher sowohl bei der Neugestaltung von Beratungscentern und Filialen als auch bei anderen Vertriebs- und Kommunikationskanälen wie etwa unserer neuen Internetfiliale 6.0 soweit baulich oder technisch möglich Barrierefreiheit um.“

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 15

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Dr. Christa Perabo
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:

Kann der Magistrat Auskunft geben, wie die Sparkasse Marburg-Biedenkopf bei den geplanten Schließungen von Zweigstellen in Marburg die spezifischen Erfordernisse von Kunden mit Beeinträchtigungen berücksichtigen wird, wie sie die Nutzung und Erreichbarkeit z.B. von Geldautomaten für sehbehinderte oder Menschen in Rollstühlen sicherstellen will und wie der Bedarf an individueller Beratung dieser Personengruppe befriedigt werden soll?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 10 - Personal, Organisations- und Beteiligungsmanagement
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Sparkasse Marburg-Biedenkopf hat zu der Kleinen Anfrage wie folgt Stellung genommen:

„Die Sparkasse berücksichtigt bereits heute die spezifischen Erfordernisse von Kunden mit Beeinträchtigungen. Wir setzen bei der Neugestaltung von Filialen oder medialen Kanälen Barrierefreiheit um. Im Stadtgebiet Marburg betreibt die Sparkasse Geldautomaten mit Sprachansage speziell für sehbehinderte Menschen. Ferner bieten wir bereits heute Beratungen zu Hause an.

Auch nach den vom Verwaltungsrat beschlossenen Standortzusammenlegungen verfügt die Sparkasse Marburg-Biedenkopf über das dichteste Filialnetz aller hier tätigen Kreditinstitute. Die Sparkasse ist weiterhin flächendeckend in ihrem Geschäftsgebiet präsent. In jeder Gemeinde im Landkreis bleibt mindestens eine Filiale bestehen. In der Kernstadt und den sich unmittelbar anschließenden Stadtteilen stellen neun verbleibende Filialen eine sehr gute Versorgung mit Bankdienstleistungen sicher. Die Auswirkungen der Zusammenlegungen für die Kunden werden durch zusätzliche Geldautomaten (künftig über 100) sowie durch unseren individuellen kostenlosen Bargeldservice abgeschwächt. Dieser kommt insbesondere Kunden mit einer Beeinträchtigung entgegen.

Auch über unsere rein geschäftlichen Tätigkeiten hinaus engagiert sich die Sparkasse für Menschen mit Behinderung. Beispielhaft erwähnen möchten wir das jährliche Planspiel Wiwag in Zusammenarbeit mit der Blindenstudienanstalt in Marburg oder die Unterstützung der Special Olympics in Marburg im vergangenen Jahr.“

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 16

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Elisabeth Kula
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Hält der Magistrat die Arbeit der Gleichstellungskommission nicht für bedeutend oder warum hat die Kommission seit der Kommunalwahl nicht mehr getagt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 16 - Referat für Gleichberechtigung von Frau und Mann
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der Magistrat hält die Arbeit der Gleichstellungskommission für sehr bedeutend.

Die Mitglieder der neuen Gleichstellungskommission wurden in der Oktobersitzung 2016 des Stadtparaments gewählt.

Für die konstituierende Sitzung der Gleichstellungskommission wurde am 24. November 2016 für den 11. Januar 2017 eingeladen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 17

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Roland Böhm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 14. 10. einstimmig beschlossen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Situation der überfüllten Schulbuslinie Nr. 15, Abfahrtszeit 07:10 Uhr am Lindenplatz in Michelbach, zusammen mit den Stadtwerken Marburg zeitnah zu entschärfen und in der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu berichten.

Was hat der Magistrat unternommen und warum hat er nicht in der letzten Stadtverordnetenversammlung berichtet?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg Consult
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der Magistrat hat die Stadtwerke beauftragt, die nun durch den Einsatz eines zusätzlichen Fahrzeugs seit 31.10. das Problem lösen, bis der bestellte Buszug im Frühjahr zum Einsatz kommen kann.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 18

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Gerald Weidemann
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Kann der Magistrat dafür sorgen, dass an der Kreuzung Schützenstraße/Am Schützenplatz ein Spiegel aufgestellt wird, so dass den Autofahrern auf der Schützenstraße Richtung Norden besserer Einblick in die vorfahrtberechtigte Straße Am Schützenplatz ermöglicht wird?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Schützenstraße und die Straße Am Schützenplatz befinden sich innerhalb einer Tempo 30-Zone.

Bei einem Ortstermin mit Beteiligung der Straßenverkehrsbehörde und des regionalen Verkehrsdienstes der Polizei konnte festgestellt werden, dass bei angepasster Fahrweise an der Einmündung ausreichende Sichtverhältnisse bestehen, so dass die Anbringung eines Verkehrsspiegels nicht als erforderlich angesehen wird.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 19

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Dr. Michael Weber
Fraktion / Partei:	Piratenpartei

Frage:

Welche Kosten haben die bislang in Marburg installierten zusätzlichen Ampelanlagen "in Fahrradfahrerhöhe" verursacht, wie viele dieser Anlagen wurden bereits installiert, wie viele weitere solche Anlagen sind geplant und welchem Zweck sollen diese dienen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Dr. Kahle

Stellungnahme/Antwort:

Der erste Signalgeber für Radfahrer wurde im November 2015 an der Lichtsignalanlage Wilhelmsplatz montiert. Die Montage erfolgte im Rahmen der LED-Umrüstung der Lichtsignalanlage. Bei der Radfahrersignalisierung mit Grünvorlauf aus Richtung Universitätsstraße handelt es sich um eine seit langem bestehende Forderung des Marburger Radverkehrsbeirates. Hier kam es von Zeit zu Zeit zu gefährlichen Konflikten zwischen Radfahrern, die in Richtung Schwanallee oder Ockershäuser Allee fahren wollen und dem MIV, der in Richtung Barfußertor abbiegen wollte.

Für den 3-feldigen LED-Signalgeber für Radfahrer sind Kosten in Höhe von ca. 650,- € brutto entstanden, hinzu kamen insgesamt ca. 2.000,- € brutto für die erforderliche Anpassung der Steuerung der Lichtsignalanlage und die Montage.

Weitere Signalgeber für Radfahrer wurden im Oktober 2016 an der Lichtsignalanlage Biegenstraße/Pilgrimstein montiert. Hierbei wurde im Zuge der Umgestaltung des Knotenpunktes die Verkehrsinsel zum Queren des Pilgrimsteins und der Biegenstraße zurückgebaut, so dass diese Straßen in einem Zug überquert werden können.

Radfahrer aus Richtung Rudolphsplatz haben nun die Möglichkeit, auf einem neu angelegten Abbiegestreifen signalisiert nach links in den Pilgrimstein einzubiegen. Zudem wurde ein Signalgeber für Radfahrer aus Richtung Biegenstraße montiert, bei dem Radfahrer einen Grünvorlauf erhalten.

Die Kosten für die 3 Signalgeber betragen ca. 1.700,- € brutto, hinzukommen Kosten für die Montage sowie der Anpassung der Steuerung.

Am Erlenring wurden ebenfalls im Oktober 2016 an den Lichtsignalanlagen Erlenring/Abfahrt Mitte (von Norden), Erlenring/Auffahrt Gießen, Erlenring/Wilhelm-Röpke-Straße und Alter Kirchhainer Weg/Weintrautstraße Signalgeber für Radfahrer montiert.

Die Montage dieser Signalgeber erfolgte im Zuge des gemeinsam mit der Fa. Siemens und der Universität München erfolgten Produkttest, bei dem untersucht wurde, ob der Radverkehr mittels einer GPS-gesteuerten Smartphoneapp spürbar an Lichtsignalanlagen beschleunigt werden kann und welche Auswirkungen dies für den übrigen Verkehr hat. Die Gesamtkosten für dieses Projekt betragen ca. 80.000,- €, von denen mehr als 40.000,- € für ohnehin erforderliche neue Steuergeräte verausgabt wurden. Der Restbetrag verteilt sich auf Planungskosten und die Installation der Soft- und Hardware.

Die Stadt Marburg ist bestrebt, den Radverkehr sicherer und komfortabler zu gestalten, damit möglichst viele Menschen vom Pkw auf das Fahrrad umsteigen.

Die Montage weiterer Signalgeber für Radfahrer an den Marburger Lichtsignalanlagen ist im Zuge von anstehenden Arbeiten an den Lichtsignalanlagen bzw. der Umsetzung des Marburger Radverkehrsplans denkbar, konkrete Maßnahmen sind derzeit jedoch nicht geplant.

Dr. Franz Kahle
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 20

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Dr. Michael Weber
Fraktion / Partei:	Piratenpartei

Frage:

Welche Formen verschlüsselter eMail-Kommunikation bieten Magistrat und Stadtverwaltung der Bevölkerung an?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 11 - Technische Dienste
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Das Mail-Gateway der Stadtverwaltung unterstützt S/MIME und OpenPGP Verfahren. Dabei wird folgende Standardrichtlinie bezüglich der E-Mail Encryption festgelegt.

- Ausgehende E-Mails werden signiert
- Ausgehende E-Mails werden verschlüsselt
- Eingehende E-Mails werden verifiziert
- Eingehende E-Mails werden entschlüsselt

Damit die Verschlüsselung funktioniert, muss der Absender auf der Liste „Interne Benutzer“ aufgeführt sein. Ausgehende E-Mails für Empfänger, deren S/MIME-Zertifikat oder öffentlicher OpenPGP-Schlüssel auf dem Gateway installiert ist, werden standardmäßig verschlüsselt. Wenn dem Mail-Gateway Zertifikate oder öffentliche Schlüssel unbekannt sind, werden diese E-Mails unverschlüsselt versendet.

Die verschlüsselte Kommunikation zwischen Dienstleistern und Behörden funktioniert gut. Leider wird von den Bürgerinnen und Bürgern sehr wenig Gebrauch eines Verschlüsselungsverfahrens gemacht. Hinzu kommt, dass auch Internetprovider die Möglichkeit einer Verschlüsselung noch nicht vorsehen.

Sofern Daten mit datenschutzrechtlichen Inhalten über das Internet übertragen werden, bringen die Verfahrensanwendungen ein Verschlüsselungs-Zertifikat mit.

Für Submission und dem Gutachterausschuss wird "FTAPI" eingesetzt, ein sicherer Datenaustausch mit unbegrenzter Dateigröße.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 21

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Henning Köster-Sollwedel
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Wann wird der mit der Magistratsvorlage vom 24/05/13, Verkehrsentwicklung in der Nordstadt beschlossene, inzwischen über 15 Monate laufende Verkehrsversuch ausgewertet und die Ergebnisse der Stadtverordnetenversammlung zur Verfügung gestellt, damit die von dieser gewünschten nächsten Schritte zur Verkehrsberuhigung in der Elisabethstraße eingeleitet werden können?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 6 - Planen, Bauen, Umwelt
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Dr. Kahle

Stellungnahme/Antwort:

Der Ablauf des Verkehrsversuchs im Jahr 2016 hat zunächst einmal gezeigt, dass die gefundene Regelung für den Zweirichtungsverkehr in Robert-Koch-Straße und Bunsenstraße nach einer Eingewöhnungsphase funktionsfähig ist. Allerdings lässt die Entlastung der Elisabethstraße durch Kraftfahrzeuge, die die Robert-Koch-Straße und Bunsenstraße in Nord-Süd-Richtung nutzen, bisher zu wünschen übrig. Dazu wird es erforderlich sein, die Elisabethstraße umzugestalten. Im Zusammenhang mit der Sanierung der Weidenhäuser Brücke wird es allerdings erhebliche Mehrbelastungen der alternativen Straßenzüge geben. Daher sollte die Umgestaltung der Elisabethstraße bis zum Abschluss der Sanierung der Weidenhäuser Brücke zurückgestellt werden.

Dr. Franz Kahle
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 22

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Henning Köster-Sollwedel
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Die in der westlichen Bahnhof- und der Elisabethstraße tatsächlich gefahrenen Geschwindigkeiten sind nach übereinstimmenden Beobachtungen von AnwohnerInnen und PassantInnen sehr unterschiedlich zwischen dem Tagesverlauf mit dichtem, also bremsendem Verkehr und dem Zeitraum ab etwa 19h. Wurde dieser bei Messungen getrennt erfasst - und wenn nicht, wäre dies nicht eine sinnvolle Ergänzung einer Bestandsaufnahme?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Bei den Messungen mit dem Seitenradarmessgerät erfolgen die Erhebungen rund um die Uhr. Mit der vorhandenen Software ist eine stündliche Auswertung möglich. Es können daher auch z.B. Zeiten zwischen abends 19.00 Uhr und morgens 06.00 Uhr ausgewertet werden.

Die Auswertungen haben ergeben, dass mit der Reduzierung des Fahrverkehrs in den späten Abendstunden bis in die Nachtstunden das Geschwindigkeitsniveau allmählich ansteigt. Dieses Ergebnis ist vergleichbar mit den Erhebungen in anderen innerörtlichen Straßen in Marburg.

Die höchste Geschwindigkeit V85 in der Elisabethstraße wurde nachts zwischen 24.00 und 06.00 Uhr mit ca. 49 km/h ermittelt. Das bedeutet, dass 85 % der Verkehrsteilnehmer in diesem Zeitfenster nicht schneller als 49 km/h fahren.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 23

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Jonathan Schwarz
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

In Erwägung, die Stadt würde beschließen, Kindern unter 15 Jahren kostenfrei den ÖPNV nutzen zu lassen. Wie hoch müssten die Entschädigungszahlen an die Stadtwerke sein?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der Tarif im Rhein-Main-Verkehrsverbund unterscheidet bei der Altersfreigabe zwischen Einzel- und Tageskarten und Zeitkarten wie Monats- und Wochenkarten und CleverCards. Einzel- und Tageskarten für Kinder sind für Kinder der Altersgruppe 6 bis einschließlich 14 Jahre vorgesehen. Der Schüler- und Auszubildendentarif kann von Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden und auch Studierenden, die nicht im Besitz eines RMV-SemesterTickets sind, gekauft werden. Diese Einnahmen liegen nicht differenziert nach Altersgruppen vor. Insofern lässt sich hier insgesamt keine profunde Aussage treffen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 24

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Jonathan Schwarz
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Bewohner des Studentenwohnheims "Forsthof" beschwerten sich über fehlende Beleuchtung auf ihrem Fußweg von dem Marktplatz zu ihrem Wohnheim und sprechen von einem "Angstraum". Wäre es möglich, dem unkompliziert Abhilfe zu schaffen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Dr. Kahle

Stellungnahme/Antwort:

Die Wegebeziehungen zwischen dem Marktplatz und dem Wohnheim „Forsthof“ des Studentenwerkes, Ritterstraße 16 sind beleuchtet. Die Stadtwerke werden jedoch überprüfen, ob alle vorhandenen Leuchten in Betrieb sind und ob ggf. eine Beleuchtungsverdichtung erforderlich ist.

Dr. Franz Kahle
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 25

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Renate Bastian
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

In der Leopold-Lucas-Straße und am Zwetschenweg in Ockershausen gilt Tempo-30-Zone. Was gedenkt der Magistrat zu unternehmen, dass besonders am Zwetschenweg das Tempo-Limit und die damit verbundene Vorfahrtsregelung auch eingehalten werden? Immerhin befinden sich in diesem Bereich drei Schulen.

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 35 - Sicherheit und Verkehrsüberwachung
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

In beiden o. g. Straßen werden relativ viele Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt. Im Jahr 2016 waren es im Zwetschenweg 19 und in der Leopold-Lucas-Str. 15 Messungen. Durchschnittlich waren dabei 10 % der Verkehrsteilnehmer zu schnell. Diese Quote ist nicht besorgniserregend, befürwortet jedoch weitere Messungen.

Darüber hinaus wird in Abstimmung mit dem Ortsbeirat an einem Parkplatzkonzept für die genannten Straßen gearbeitet, welches ebenfalls zur Verlangsamung des Fahrverkehrs beitragen wird.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 26

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Renate Bastian
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Welche Möglichkeiten bestehen, den Zwetschenweg nachts in einer festgelegten Zeit vom LKW-Verkehr frei zu halten, um wenigstens die nächtliche Ruhestörung für die Anwohner zu vermindern?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der Zwetschenweg ist in dem Abschnitt zwischen der Stiftstraße und der Leopold-Lucas-Straße für den LKW-Durchgangsverkehr gesperrt.

In dem Abschnitt zwischen der Leopold-Lucas-Straße und der Willy-Mock-Straße erfolgt demnächst eine Verkehrserhebung. Nach Vorlage dieser Ergebnisse wird geprüft, ob weitere Maßnahmen möglich sind.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 27

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Elisabeth Kula
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Inwiefern wurden bisher in der Sozialplanung der Stadt Marburg freie Träger wie bspw. die Liga der Freien Wohlfahrtspflege miteinbezogen und ist dies für die Zukunft vorgesehen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 50 - Soziale Leistungen
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

In der Sozialplanung der Stadt Marburg werden bei allen Planungsprozessen freie Träger miteinbezogen und es gibt eine kontinuierliche, enge Zusammenarbeit mit den verschiedenen Trägern. Je nach Themenstellung gab und gibt es Runde Tische, verschiedene Arbeitsgruppen, Arbeitskreise und bewährte Netzwerk-/Kommunikationsstrukturen.

Bei allen Fragestellungen in der Sozialplanung finden zunächst eine Bestandserhebung und eine Bedarfsanalyse statt. Für die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur sind die Einschätzungen und Rückmeldungen der freien Träger wichtig und notwendig. Beispielsweise wurde bei den Planungen zum Wohnen in Marburg im Rahmen des Runden Tisches „Preiswerter Wohnraum“ eine Wohnungsmarktanalyse durchgeführt. Die Analyse des Wohnungsmarktes wurde von zahlreichen Akteuren wie u.a. auch von freien Trägern eng begleitet, und diese sind auch anschließend in die Erarbeitung eines Wohnraumversorgungskonzeptes einbezogen worden. Die Auflistung der am Prozess beteiligten Akteure kann im Internet eingesehen werden (<https://www.marburg.de/sozialplanung>). Die Beteiligung und Mitwirkung an Bestandsaufnahmen, konzeptioneller Arbeit und Umsetzung von gemeinsamen Planungen treffen für den besagten Runden Tisch und auch für andere Prozesse mit Arbeitsgruppenstrukturen zu. Zur Weiterentwicklung der Wohnungslosenhilfe arbeitet eine eigene Arbeitsgruppe, in der u.a. das Diakonische Werk Marburg-Biedenkopf und die Hephata Diakonie aktiv mitwirken. Am Wohnungslosenhilfekzept und auch an der Weiterentwicklung in 2016 haben Akteure der freien Wohlfahrtspflege mitgearbeitet. Ebenso am Teilhabebericht (u.a. DRK) oder in Projektgruppen, wie „Familie und Armut“ (u.a. Caritas) des Bündnisses für Familie. In Berichterstattungen der Stadt, wie dem Sozialbericht oder dem bereits erwähnten Teilhabebericht, werden auch Statistiken und Einschätzungen der freien Träger mitaufgenommen. Nach dem Selbstverständnis der städtischen Sozialplanung ist eine Prozessplanung nur in der Zusammenarbeit mit den freien Trägern zielführend und wird daher auch so praktiziert. Dies bezieht sich sowohl auf die gesamtkommunale Ebene als auch auf die Quartiersebene.

Mit den Vertreter/-innen der LIGA DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE finden regelmäßig gemeinsame Treffen statt, an denen die Verantwortlichen der Stadt und des Landkreises teilnehmen. Von der Stadt sind an diesen Treffen der Oberbürgermeister, der Leiter des Fachbereiches Arbeit, Wohnen und Soziales und die Sozialplanerin beteiligt. Es werden aktuelle Prozesse besprochen und der fachliche Austausch gibt Impulse für weitere Entwicklungen. Bei dem letzten Treffen am 25.11.2016 ging es unter anderem um die

partizipative Sozialplanung und die zukünftige Gestaltung der Angebotsstruktur sozialer Träger in Stadt und Landkreis.

Neben den kontinuierlichen Arbeitsprozessen und regelmäßigen Treffen gibt es auch punktuelle, themenbezogene Veranstaltungen. Beispielsweise wurde in der letzten Versammlung der PARITÄTISCHEN Kreisgruppe Marburg-Biedenkopf die Selbsthilfe thematisiert. Die Sozialplanerin der Stadt, die Sozialplanung des Landkreises und die Ansprechpartnerin der Selbsthilfe-Kontaktstelle Marburg nahmen als Gäste an der Kreisgruppensitzung teil. Gemeinsam mit den Teilnehmenden der PARITÄT wurden die Strukturen der Selbsthilfe und die Handlungsbedarfe thematisiert. Die Ziele sind die Stärkung und der Ausbau der Selbsthilfe, welche im aktuellen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK festgeschrieben worden sind.

Der Aktionsplan wird im Januar 2017 der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt. Es handelt sich um ein Gesamtkonzept zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in Marburg. An dem Erarbeitungsprozess haben neben Betroffenen, über 20 städtische Fachdienste, zahlreiche Institutionen und auch freie Träger mitgearbeitet. Die Zielformulierungen und Maßnahmenplanungen haben in wechselseitiger Kommunikation mit den Trägern stattgefunden und je nach Bedarf der Akteure auch im Rahmen der Arbeitstreffen einer Projektgruppe. In dieser Projektgruppe, die auch die Umsetzung des Aktionsplanes eng begleiten wird, sind u.a. Mitglieder des Behindertenbeirates; Vertreterinnen, wie beispielsweise Frau Iris Demel vom PARITÄTISCHEN oder Frau Rita Schroll vom Hess. Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderungen im PARITÄTISCHEN WOHLFAHRTSVERBAND. Eine Liste aller am Prozess Beteiligten ist im Aktionsplan einsehbar. Dieser wird mit der Einladung zum nächsten Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung verschickt.

Aufgrund der Fragestellung ist es uns ein Anliegen, dass Sie uns mitteilen, wenn aus Ihrer Sicht ein Veränderungsbedarf in der Zusammenarbeit mit den freien Trägern besteht.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 28

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Dr. Elke Therre-Staal
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:

Der Magistrat wird um Auskunft gebeten, in welchem Zeitrahmen sich das Integrationsprogramm WIR im kommenden Jahr durch die Verdoppelung der finanziellen Mittel zur Entlastung der Kommunen laut Mitteilung des Ministeriums für Soziales und Integration in Marburg umsetzen wird, um die neu geschaffene Stelle einer/eines WIR-Fallmanagers, das Programm „MitSprache-Deutsch 4U und insbesondere die Kinderbetreuung während der Sprachkurse der Mütter zu ermöglichen und zu gewährleisten.

Stellungnahme/Antwort durch:	Integrationsbeauftragte
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Informationsgespräche bezüglich der Beantragung für „WIR-Fallmanager für Flüchtlinge“, MitSprache-Deutsch 4U zzgl. Kinderbetreuung, sowie weitere Projektförderungsmöglichkeiten in diesem Bereich finden erst am 19.12.2017 im HMSI in Wiesbaden statt.

Danach können erst Aussagen zu Finanzierung und Projektanträge für 2017 gemacht werden die die Stadt Marburg betreffen können.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 29

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Ulrich Severin
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Mit welchen Maßnahmen stellt die Stadt Marburg sicher, dass an den Frosttagen und –nächten keine Menschen ohne Wohnung in Not geraten?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 50 - Soziale Leistungen
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Klassisch obdachlos gewordene Menschen werden im Falle eines unvermeidlichen Verlusts der eigenen Wohnung bei fehlender anderweitiger Unterkunftsmöglichkeit ganzjährig und unabhängig von Witterung und Klima in von der Stadtverwaltung der Universitätsstadt Marburg vorgehaltene Obdachlosenunterkünfte eingewiesen. Die Ausstattung derartiger Unterkünfte bewegt sich zwar am unteren Ausstattungs- und Wohnstandard, garantiert jedoch fließendes warmes Wasser sowie eine zentrale Beheizbarkeit.

Für wohnungslose und durchreisende Menschen steht ein Städtisches Übernachtungsheim unter der Adresse „Gisselberger Str. 35“ mit insgesamt 16 Betten zur Verfügung. Fließendes warmes Wasser sowie eine zentrale Beheizbarkeit sind dort ebenfalls garantiert. Zur Vermeidung von Notsituationen macht die Stadtverwaltung von sonstigen Beschränkungen, wie ein Maximalaufenthalt von drei aufeinanderfolgenden Nächten, während Kälteperioden keinen Gebrauch.

Wir arbeiten eng mit der Fachberatung Wohnen des Diakonischen Werks Marburg-Biedenkopf und der Tagesaufenthaltsstätte, die beide im selben Gebäude untergebracht sind, zusammen.

Aus unseren (gemeinsamen) Erfahrungen über die letzten Jahre war das Angebot für die beschriebenen Bedarfslagen stets ausreichend.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 30

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Christoph Ditschler
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Wann genau haben Oberbürgermeister und Magistrat erstmals die Information über die Gewerbesteuernachzahlung in Höhe von rund 25 Mio. Euro durch CSL Behring erhalten?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 20 - Finanzservice
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Anlässlich eines Telefongesprächs Ende Oktober 2016 wurde unserer Steuerabteilung avisiert, dass grundsätzlich mit einer Anpassung der Gewerbesteuervorauszahlungen für den Zeitraum 2015 bis 2017 zu rechnen sei. Die dafür erforderlichen Steuererklärungen seien seitens CSL in der 41. Woche eingereicht worden.

Hierüber wurde dann 01 und 1 umgehend informiert.

Die Gesamthöhe der Nachzahlung wurde mit dem Eingang 17.11.2016 seitens des Finanzamtes der Universitätsstadt Marburg mitgeteilt. Daraufhin erfolgte eine Prüfung, wie und zu welchen Fristen zur Sicherung einer möglichst gleichmäßigen Finanzkraft und damit planbaren Ertragssituation in welcher Weise genutzt werden können und sollten.

Der Entscheidungsprozess war am 24. 11. abgeschlossen. Daraufhin wurde datumsgleich der Steuerbescheid erstellt und zugestellt. Der Magistrat wurde umgehend auf der Sitzung am 28. 11. informiert. Zeitgleich erging die sofortige Information der Fraktionsvorsitzenden und des Vorsitzenden des HFA sowie anschließend der Öffentlichkeit.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 31

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Christoph Ditschler
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Wie schätzt der Herr Oberbürgermeister die wirklichen Realisierungschancen für eine Umwidmung der B3a zu einer Bundesautobahn zwischen Gießen und Gisselberg ein und bis wann könnte dieses Vorhaben umgesetzt werden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 15 - Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Da es Investoren gibt, die die Standortauswahl für ihr Unternehmen auch nach der Nähe des nächsten Anschlusses an das Bundesautobahnnetz auswählen, ist der Magistrat der Universitätsstadt Marburg aktiv geworden, um insoweit die Standortfaktoren für das Oberzentrum Marburg zu verbessern. Denn die A 485 endet z.Z. am Gießener Nordkreuz und wird von dort als vierspurige Bundesstraße B 3 fortgeführt und zwar nicht nur mit einem autobahnähnlichen, sondern mit einem autobahngleichen Ausbauzustand. Somit besteht kein faktischer Unterschied in der Straßenqualität im Vergleich zu einer Bundesautobahn, wohl aber ein Klassifizierungsunterschied, der dazu führt, dass Marburg bspw. auf Karten, die nur das Bundesautobahnnetz zeigen, rund 30 Kilometer vom nächsten Anschluss entfernt ist. Inwieweit dieses bisher tatsächlich zu Nachteilen für unsere Stadt und die umliegende Region geführt hat, kann nicht gesagt werden; es ist aber nicht auszuschließen, da das Standortkriterium „Nähe des nächsten Autobahnanschlusses“ immer wieder genannt wird. Tatsächlich wären mit einer Umwidmung der B 3 zur A 485 vom Gießener Nordkreuz bis zur Einmündung der B 255 bei Niederweimar (nicht bis Gisselberg wie in der Fragestellung formuliert) nur der Ersatz der gelben Schilder durch blaue Schilder verbunden.

Die Universitätsstadt Marburg hat deshalb Kontakte sowohl mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur als auch mit dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung aufgenommen, um dieses Anliegen umzusetzen. Grundsätzliche Bedenken gegen eine Umwidmung gab es dabei nicht. Jedoch sind noch einige Förmlichkeiten abzuwickeln, so sind etwa noch Abstimmungsgespräche mit Anliegerkommunen entlang des umzuwidmenden Teilstücks durchzuführen. Auch hier gab es bei ersten Kontakten positive Signale, da auch diese Kommunen Vorteile aus dem Standortfaktor „Nächster Autobahnanschluss“ hätten. Da es aber für eine solche Umwidmung hier keine Erfahrungswerte gibt, ist eine Einschätzung der Zeitdauer dafür schwierig. Wir gehen vorerst davon aus, dass die Umwidmung im Laufe des Jahres 2017 möglich wird.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 32

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Uli Severin
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Wie viele Marburger Jugendliche wurden in den letzten drei Jahren wegen welcher Delikte zu welchen Jugendstrafen verurteilt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 5 - Kinder, Jugend, Familie
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Dr. Kahle

Stellungnahme/Antwort:

Aufgrund der knappen Zeitvorgabe für die Beantwortung der Anfrage wurde eine Auswertung mit Open Web vorgenommen. Diese umfasst Jugendgerichtshilfefälle ab Oktober 2014 bis zum jetzigen Zeitpunkt. Eine Auswertung früherer Fälle ist mit verhältnismäßigem Aufwand nicht zu leisten gewesen. In diesem Zeitraum sind 238 Fälle zu verzeichnen gewesen.

Die Deliktstruktur gliederte sich wie folgt:

In ca. 27 % der Fälle handelte sich um Diebstahl. Körperverletzung ist ebenfalls mit 27% der Nennungen vertreten. In 10 % der Fälle ging es um Sachbeschädigung und in jeweils 5 % der Fälle um Betrug, Drogendelikte, Falschaussagen und Raub. Bei den restlichen Delikten handelt es sich beispielsweise um Beleidigung, Schwarzfahren oder Ordnungswidrigkeiten.

Zu den Sanktionen muss gesagt werden, dass Jugendstrafen, also Freiheitsstrafen, nur einen Ausschnitt des Sanktionskataloges darstellen. In der Sanktionspraxis der hiesigen Jugendgerichte machen sie nur einen kleinen Teil aus. Viel eher wird in Jugendstrafsachen auf erzieherische Mittel gesetzt. In der überwiegenden Anzahl der Fälle wird eine Arbeitsaufgabe bzw. die Teilnahme an einem sozialen Trainingskurs verhängt. Weiter wird noch auf das Instrument des Freizeit- oder Dauerarrestes in nennenswertem Umfang zurückgegriffen.

Franz Kahle
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 33

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Michael Selinka
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Wie ist der konkrete Sachstand bezüglich der Entwicklung des Baugebietes (einschließlich der Planung eines Supermarktes) Engelsberg in der Marbach und wie gestaltet sich die Zeitleiste für die weiteren Entwicklungsschritte?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Dr. Kahle

Stellungnahme/Antwort:

Für die Bebauung des Gärtnerriegeländes am „Oberen Rotenberg“ ist ein Konzept für die Bebauung eines Lebensmittelmarktes eingereicht worden. Er soll eine Verkaufsfläche von 1.500 m² erhalten. Zurzeit wird eine Bestandsaufnahme erstellt, die als Grundlage für die Planung der notwendigen Verkehrserschließung des Supermarktes und der denkbaren zukünftigen Wohnbebauung dienen soll. Nach Überarbeitung des Konzeptes soll dann im ersten Quartal 2017 die Einleitung des Bebauungsplanverfahrens durchgeführt werden.

Zur Entwicklung der Wohnbebauung liegen noch keine Planungen vor. Zurzeit wird neben diesem Standort noch das Areal des Hasenkopfes als potentielles Gebiet für eine Wohnbebauung und gleichzeitige Weiterentwicklung des Stadtwaldquartiers einer Betrachtung unterzogen. Erst nach einer grundsätzlichen Entscheidung zu den beiden Standorten sollen konkrete Planungen erarbeitet werden.

Dr. Franz Kahle
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 34

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Hanke F. Bokelmann
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Gab es in den letzten 24 Monaten Diebstähle zu Lasten der Stadt? Wenn ja, was wurde entwendet und wie sind die Ermittlungsergebnisse?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 30 - Rechtsservice
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

In den letzten 24 Monaten wurden beim Fachdienst Rechtsservice insgesamt acht Diebstähle gemeldet, die alle zur Anzeige gebracht wurden. In fünf Fällen wurde das Verfahren eingestellt, ohne dass der Täter ermittelt werden konnte. Dies betrifft den Einbruchdiebstahl im Aquamar, den Diebstahl einer Ortstafel, den Diebstahl von Fahnen, den Diebstahl von Dokumenten in der Vhs, sowie den Diebstahl von Geld und Dienstsiegeln im Stadtbüro.

In den übrigen drei Fällen laufen die Verfahren noch. Diese Verfahren betreffen den Diebstahl eines Werbebanners, einer Klassenkasse sowie der Kleidung eines städtischen Mitarbeiters aus einem Spind.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 35

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2016

Fragesteller/in:	Hanke F. Bokelmann
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Wie verhält sich die Anzeigetafel vor dem EPH zur Verkehrssicherheit? Welche Vorkehrungen wurden hier getroffen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Spies

Stellungnahme/Antwort:

Aus Sicht des regionalen Verkehrsdienstes der Polizei und der Straßenverkehrsbehörde wirkt sich die Anzeigetafel vor dem EPH nicht negativ auf die Verkehrssicherheit aus.

Die Verkehrssituation wird weiter beobachtet, um bei auftretenden Problemen entsprechend reagieren zu können.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister